

Deutsche Privatschulen gefangen in der Nische

Schwerer Stand des Wettbewerbs im Bildungswesen

Von unserem Wirtschaftskorrespondenten in Frankfurt, Christoph Eisenring

Deutsche Privatschulen fristen mit einem Marktanteil von 7% ein Nischendasein. Eine restriktive Zulassungspraxis und finanzielle Nachteile gegenüber staatlichen Schulen bremsen sie.

Frankfurt, Anfang Januar

Während deutsche Bildungspolitiker nach Finnland reisen, um das dortige Schulsystem zu besichtigen, verlieren sie den Blick für das Naheliegende: Sie könnten die Suche nach neuen Ansätzen im eigenen Land fördern, wenn sie im Bildungsbereich die private Initiative stärker ermunterten. In Deutschland gehen aber 93 von 100 Kindern auf eine staatliche Schule, wie das statistische Bundesamt kürzlich mitgeteilt hat. Immerhin gewinnen private Schulen seit der Wende an Boden. Im Schuljahr 1992/93 hatte erst jeder zwanzigste Eleve eine private Schule besucht, jetzt ist es jeder vierzehnte. Dabei hat auch der Nachholbedarf in den ostdeutschen Bundesländern eine Rolle gespielt. Im internationalen Vergleich ist der Anteil von privaten Schulen am deutschen Bildungsangebot aber immer noch ge-

ring. Er liegt in der EU bei etwa 20%, die Niederlande kommen sogar auf 70%. Seit dem schlechten Abschneiden deutscher Schüler in der Pisa-Studie hat zwar das Interesse an privaten Schulen zugenommen. So soll etwa bei den katholischen Privatschulen eine Warteliste bestehen, die das Angebot um 30% übersteigt. Trotzdem kann von einem Boom bei privaten Schulen nicht gesprochen werden. Zu viele Hürden stehen ihrer weiteren Verbreitung im Wege.

Argwohn gegen Gewinnorientierung

Eigentlich gewährleistet die deutsche Verfassung das Recht, private Schulen zu gründen. Doch die privaten Bildungsstätten werden gemäss dem Verband Deutscher Privatschulen (VDP), der 236 konfessionell unabhängige Schulen mit 55 000 Schülern vertritt, wegen zu enger Vorschriften oft zu staatlichen Kopien degradiert. Ein Indiz dafür mag sein, dass zum Beispiel im Bundesland Brandenburg im vergangenen Jahr von 48 Anträgen zur Eröffnung von Schulen in freier Trägerschaft nur 11 genehmigt wurden. Im Zug der Pisa-Studie könnte der Spielraum weiter beschnitten werden. So droht die staatliche Definition von fachspezifi-

schen Bildungsstandards die Lehrpläne zu bestimmen. Alternative inhaltliche und methodische Ausrichtungen würden dadurch erschwert, schreibt die Arbeitsgemeinschaft freier Schulen, in der sich alle privaten Träger zusammengeschlossen haben. Allerdings sündigen die privaten Verbände zuweilen selbst gegen das Postulat der Vielfalt. Jedenfalls wurde die Gründung der Berliner Phorms-Grundschule als Aktiengesellschaft in der Branche mit Argwohn aufgenommen. Der VDP-Geschäftsführer betonte in der «Süddeutschen Zeitung» die Gemeinnützigkeit der freien Schulen und distanzierte sich von gewinnorientierten Trägern.

Wer eine Privatschule eröffnen will, sieht sich im Vergleich mit staatlichen Schulen finanziell benachteiligt. Auf dem Papier tönt es zwar gut, wenn die Bundesländer den privaten Schulen 65% und in Nordrhein-Westfalen sowie Sachsen-Anhalt sogar 90% der Kosten eines staatlichen Schülers erstatten. Laut dem VDP liegt der Anteil in Tat und Wahrheit aber nur bei 55% bis 65%. So würden die Kosten staatlicher Schulen um 20% bis 50% unterschätzt, weil es keine Vollkostenrechnung gebe. Gewisse Aufwände, wie die Investitions- und Instandhaltungskosten für Schulgebäude oder die Kranken- und Altersversorgung der Beamten, tauchten in den offiziellen Schulstatistiken nicht oder nur zum Teil auf. Private Bildungsträger haben überdies eine «Karenzzeit» zu überstehen. Je nach Bundesland müssen sie zwei bis drei Jahre warten, bis sie erstmals in den Genuss von Zuschüssen kommen. Immerhin fließen Schulen in Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen dann auch rückwirkend noch Gelder zu. Verhältnismässig gering ist die finanzielle Hürde bei konfessionell ausgerichteten Schulen. Dort haben die Eltern mit monatlichen Zusatzkosten von etwa 50 € zu rechnen. Dies dürfte eine Erklärung für den Nachfrageüberhang bei diesen Institutionen sein. Die Phorms-Grundschule dagegen erhebt je nach Einkommensverhältnissen der Eltern ein Schulgeld von 221 € bis 670 € pro Monat. Dazu kommt noch die Hortgebühr von 16 € bis 194 €.

Der Angriff der Technokraten

In Bildungsgutscheinen, einer Idee, die auf den kürzlich verstorbenen Ökonomen Milton Friedman zurückgeht, sieht der VDP eine Möglichkeit, mehr Wettbewerb anzustossen. Solche staatlich finanzierten Vouchers könnten die Eltern bei der Schule ihres Vertrauens – unabhängig von deren Trägerschaft – einlösen. Dies erlaubte es auch ärmeren Familien, ihre Kinder an eine private Schule zu schicken. Solche Modelle sind aber vorderhand Zukunftsmusik in einem Schulsystem, das vom Staat dominiert wird. Auch die Lehrergewerkschaften werden sich kaum dafür begeistern lassen. So verzichten Unterrichtende «in

freier Wildbahn» auf Beamtenprivilegien, und ihr Grundgehalt liegt oft etwas unter den staatlichen Tarifen. Bei entsprechendem Engagement können Lehrer an privaten Schulen ihr Salär mit leistungsabhängigen Prämien aufbessern.

Gegen private Schulen wird in Deutschland zuweilen vorgebracht, deren Schüler hätten im Pisa-Test auch nicht besser abgeschnitten als Kinder in staatlichen Schulen. Eine solche Sicht reduziert die Leistung einer Schule auf das Erreichen möglichst hoher Scores in Tests, die von Technokraten erdacht worden sind. Doch private Schulen bieten mehr. Konfessionelle oder Waldorfschulen vermitteln zum Beispiel Werte, welche die Eltern für ihre Sprösslinge als wichtig erachten. Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat sich in einer Rede, die er noch vor der Pisa-Hysterie gehalten hatte, gegen ein eindimensionales Verständnis von Schule ausgesprochen: «Schulen sollen die Kinder auf ein Leben vorbereiten, das wir selbst noch gar nicht kennen, auf eine Welt, die noch erkundet werden muss.» Deshalb müssten sie sich dem Prinzip von «Trial and Error» stellen. Es sei denn auch falsch anzunehmen, das beste Bildungsangebot könne nur vom Staat kommen, sagte er. Mit dieser Einsicht scheint der ehemalige Bundespräsident unter Deutschlands Politikern aber allein auf weiter Flur zu stehen.



Schülerdemonstration in Düsseldorf gegen die Kürzung von Landesmitteln bei den Privatschulen in Nordrhein-Westfalen.

JOCHEN TACK / DAS FOTOARCHIV

Anzeige

TREUCO

Treuhand
Gesellschaft

Unabhängige Beratung seit 1974

Rechts- und Steuerberatung
Gestion
Vermögensverwaltung

TREUCO Treuhand-Gesellschaft
Claridenstrasse 25, CH-8027 Zürich, www.treuco.ch
Tel. +41 (0)44 289 25 25, Fax +41 (0)44 289 25 50

Mitglied der Treuhand-Kammer
Mitglied Verband Schweizerischer Vermögensverwalter